

Drucksache Nr.:
11597-08-E2

An den
Vorsitzenden des Haupt- und Finanzaus-
schusses

15.04.2008

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.1.3
Gremium:		Beratungstermin:
Haupt- und Finanzausschuss		17.04.2008

Tagesordnungspunkt

Energiesozialtarife in Dortmund

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN bitten unter o.g. Tagesord-
nungspunkt um Beratung des folgenden Antrags:

Seit dem Jahr 2000 ist Strom für Privathaushalte um 50% teurer geworden.
Da viele Menschen die Mehrbelastung von durchschnittlich 75 Euro pro Monat nicht
mehr tragen können, wird jährlich rund 800 000 deutschen Haushalten Strom oder
Gas abgestellt. Vor diesem Hintergrund wird die Einführung von niedrigeren Strom-
und Gaspreisen für arme Haushalte diskutiert.

Der Haupt- und Finanzausschuss bittet die Verwaltung unter Einbeziehung von
DEW um eine Stellungnahme, die folgende Fragen berücksichtigt:

1. Wie viele Kunden von DEW 21 waren in den Jahren 2005-2007 nicht in der Lage, ihre Strom- und Gasrechnungen zeitnah zu begleichen? In wie vielen Fällen wurde eine Strom- und/ oder Gasabspernung veranlasst?
2. Gibt es eine Zunahme von Zählersperrungen in Korrelation zu Preisanstiegen bei Strom und Gas?

3. Wie sieht das von DEW 21 praktizierte konkrete Verfahren bis hin zu einer Strom- bzw. Gasabspernung aus?
4. Gibt es für betroffene BezieherInnen für Leistungen nach dem SGB II und SGB XII ein abgestimmtes Verfahren zwischen DEW 21, Sozialverwaltung und ARGE? Wenn ja: Wie sieht dieses Verfahren aus?
5. Welche konkreten Maßnahmen ergreifen Verwaltung und DEW 21, um Zähler-sperrungen durch hohe Energierechnungen zu vermeiden?
6. Wie beurteilen die Verwaltung und DEW 21 die Chancen für die Einführung eines flächendeckenden und bundesweiten Sozialtarifs mit entsprechend verbindlichen Kriterien?
7. Die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt verfügt, dass die Mitgliedsstaaten „erforderliche Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt treffen. Die Maßnahmen können spezifische Maßnahmen für die Begleichung von Stromrechnungen oder allgemeine Maßnahmen innerhalb des Sozialsicherungssystems beinhalten.“ Wie bewertet die Verwaltung die Umsetzung dieser Richtlinie?
8. Wie bewerten Verwaltung und DEW 21 die Einführung eines Sozialtarifs auf Dortmunder Ebene?
9. Welche Erfahrungen liegen Verwaltung und DEW 21 aus anderen Städten vor? Welche Energieversorger bieten bereits Sozialtarife zu welchen Konditionen an? Wie werden diese Tarife angenommen?

Mit freundlichen Grüßen

SPD Fraktion im Rat
der Stadt Dortmund

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Dortmund

gez. Ernst Prüsse

gez. Mario Krüger

f.d.R. Dr. Andreas Paust

f.d.R. Petra Kesper